

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Bruno Kreisky zum 10. Jahrestag der Wahl Willy Brandts zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale: Eine neue Ära begann.

Seite 1

Klaus Matthiesen zu den Konsequenzen aus der Rheinvergiftung: Vorsorgende Chemiepolitik betreiben.

Seite 6

Karsten D. Voigt MdB zur sicherheitspolitischen Kritik der „Grünen“ an der SPD: Rückfall in den Fundamentalismus (Teil II).

Seite 7

Dr. Dietrich Sperling MdB zum Umgang des Bundeskanzlers mit Baubuch und Architekten: Ein Staatssekretär muß Kohl richtig stellen.

Seite 8

41. Jahrgang / 226

26. November 1986

### Eine neue Ära begann

Vor zehn Jahren wurde Willy Brandt zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt

Von Bruno Kreisky  
Altbundeskanzler der Republik Österreich

Um Willy Brandts besondere historische Leistung um die Sozialistische Internationale richtig würdigen zu können, bedarf es eines kurzen Rückblicks in ihre gesamte Geschichte. Es kann nützlich sein, sie so zu schildern, wie sie sich für einen seit 60 Jahren in der Sozialdemokratie ununterbrochen Wirkenden darstellt. Die Internationale reflektiert in ihrer Geschichte in sehr hohem Maße das Schicksal der europäischen Sozialdemokratie, alle Wandlungen dieser im wahrsten Sinne des Wortes historischen Partei Europas, ihre Schwächen und Niederlagen, aber auch die im Rückblick auf ein Jahrhundert errungenen Erfolge und Siege.

I.

Während des Ersten Weltkrieges begannen die Versuche zu ihrer Wiederherstellung - sie mißlingen und mußten mißlingen, weil die definitive Spaltung der russischen Sozialdemokratie vor allem von W. I. Lenin und seinen Genossen durch die bolschewistische Revolution herbeigeführt wurde. Sie erfaßte in ihren Konsequenzen alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas. Alle Versuche, sie zu überwinden, scheiterten. Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war gekennzeichnet durch Spaltung und Abspaltungen: die Einheit der europäischen Arbeiterbewegung war unwiederbringlich zerstört. Gewiß, die Geschichte der Internationale war von allem Anfang an durch Richtungskämpfe beeinflusst. Es hat heute vielleicht Sinn, von der ersten großen Spaltung zu reden: Auf der einen Seite standen Karl Marx und Friedrich Engels, auf der anderen Seite vor allem Bakunin und die Anarchisten. Die Sozialdemokratie sah immer deutlicher in der Demokratie die Chance ihrer Entwicklung; die Anarchisten und Syndikalisten sahen sie in der „action directe“ und der „Propaganda der Tat“. Diese Schlagworte sind heute abermals zu blutiger und grausamer Wirklichkeit geworden. Der Anarchismus fand damals lediglich in Italien, Spanien und in Teilen Lateinamerikas einen gewissen Widerhall.

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus der Dezember-Ausgabe der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger-Gruppe  
mit anderen Verlagen  
Kochling-Gruppe



Die Spaltung der Arbeiterbewegung führte nach 1917 zur Revolution der Bolschewiki und sollte zur Weltrevolution weitergeführt werden. Bei aller Feindseligkeit und Heftigkeit, mit der die Kommunisten diese „Bruderkämpfe“ führten, hat die zweite Internationale dennoch eine maßgebende Rolle für die Beendigung der militärischen Intervention gegen Sowjetrußland gespielt. Auf dem ersten Kongreß der neuen Sozialistischen Internationale 1923 in Hamburg, wurde gegen die Stimmen der tschechoslowakischen und der polnischen Sozialdemokratie der Beschluß gefaßt, „die fortgesetzte Anwendung terroristischer Methoden durch die russische Regierung und die Beseitigung der demokratischen Grundrechte als eine Gefahr nicht nur für die russischen Arbeiter, sondern für die wichtigsten Interessen des internationalen Proletariats“ zu verurteilen; „aber der Kongreß fordert zugleich die Arbeiterbewegung auf, jeder Form der Intervention kapitalistischer Regierungen gegenüber Rußland Widerstand zu leisten. Eine Intervention unter ihrer Führung würde nicht die Fehler der gegenwärtigen Phase der russischen Revolution beseitigen, sondern die Revolution selbst“. Daran zu erinnern, scheint mir angesichts der gegenwärtigen Auseinandersetzung um Nicaragua geboten.

Die sozialdemokratischen Parteien verfügten über viele herausragende Persönlichkeiten, die für die europäische Politik, die damals identisch mit der Weltpolitik war, große Bedeutung erlangten. Amerika hat die Bühne der Weltpolitik erst im Krieg betreten und wollte sie nach dem Krieg so rasch als möglich wieder verlassen. Die 14 Punkte Thomas Woodrow Wilsons haben der Geschichte der europäischen Völker wenig genützt. Im Namen der Wilsonschen Selbstbestimmungsforderung ist der Keim zum Zweiten Weltkrieg durch neue Spannungen gelegt worden. Von den damals in der Donaumonarchie vereinigten Völkern leben heute die Tschechen, Slowaken, Polen, Südslawen und Ungarn unter kommunistischen Regierungen - lediglich die Deutsch-Österreicher und ein paar hunderttausend Italiener in demokratischen Staaten. In der Zwischenkriegszeit sind die Nationalitätenprobleme des alten Österreich den Nachfolgestaaten als Erblast hinterlassen worden.

In Deutschland, Frankreich, Italien und auch in der Tschechoslowakei entstanden große kommunistische Parteien. Allein die britische Arbeiterpartei schien stärker zu werden, und ihre Hinwendung zur Sozialdemokratie löste große Hoffnungen aus, aber auch sie entging einer - allerdings personell bedingten - Spaltung nicht. Zwei ihrer großen Männer: Ramsey McDonald und Philip Snowden trennten sich von ihr. Die Entstehung des Faschismus und sein Siegeszug begannen in Italien. Filippo Turati erklärte 1931 auf dem 4. Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, nachdem er bereits in Brüssel vor dem Faschismus als internationalem Phänomen gewarnt hatte, das als Krieg innerhalb eines Volkes beginne und zum Krieg zwischen den Völkern führen müsse. Der Zweite Weltkrieg kam. Er wurde mit ausgelöst durch die bis dahin größte Krise des Kapitalismus. Die Teilung Ost-Europas erfolgte zwischen Hitler und Stalin schon 1939. Die Gegner des Faschismus wurden auf die Liparischen Inseln, in die von Hitler errichteten Konzentrationslager und in die Foltergefängnisse Horthy-Ungarns gebracht. Die II. Internationale zerfiel im Feuer des Zweiten Weltkrieges.

Nach dem Krieg wurden Versuche unternommen, die Internationale wieder zu beleben, sie waren maßgebend beeinflußt von der britischen Labour-Party, die viele Jahre die führende politische Kraft in ihr war. Zuerst versuchte man die ehemaligen Mitgliedsparteien wieder zu sammeln. So gelang es auch der deutschen Sozialdemokratie, ihre internationalen Kontakte wieder zu entwickeln. Die Parteien der Internationale bekannten sich zum Prinzip des „anderen Deutschlands“. Erich Ollenhauer war einer der Brückenbauer, und die Internationale begann im wesentlichen wieder dort, wo sie aufgehört hatte: als eine freie Assoziation sozialdemokratischer Parteien vorwiegend Europas. Eine besondere Rolle in ihr spielte eine neue Partei, die israelische Arbeiterpartei. Früher war es der sozialistische „Bund“ in Polen, der sich als Vertreter des jüdischen Proletariats verstand - eine Partei von Millionen Ostjuden. Sie wollte allerdings vom Zionismus nichts wissen, ja sie lehnte ihn sogar als „kleinbürgerlichen Nationalismus“ ab. Die Existenz des Staates Israel war einer der Gründe, weshalb es die Internationale so schwer hatte, die Probleme des Mittleren Ostens in ihren richtigen Dimensionen früh zu erkennen. Ich meinte einmal bei einem allarabischen Presseseminar: „Einige höchst ehrenwerte westliche Politiker sind sich ihrer moralischen Verantwortung, nicht in der Lage gewesen zu sein, Hitler und Mussolini zu verhindern, in besonderem Maße bewußt und



haben daraus ein Schuldgefühl gegenüber Menschen mosaischer Religion oder jüdischer Herkunft entwickelt. Dies hat sie häufig in einer Haltung hineingedrängt, die man in Abwandlung der bekannten englischen Redewendung so charakterisieren könnte: right or wrong, wir unterstützen Israel. Wegen dieser grundsätzlichen Einstellung war es für mich lange Zeit schwer, den Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale und höchsten ehrenwerten Persönlichkeiten mit ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn meinen Standpunkt verständlich zu machen."

Die den um ihre Befreiung ringenden Kolonialvölkern oder jenen, die sie bereits errungen hatten, war die Internationale lange Zeit keine moralische oder politische Autorität. Manche ihrer Mitgliedsparteien waren in politische Aktionen verwickelt, die dem Ansehen der Internationale schaden, zum Beispiel der Marsch an den Suezkanal. Nach dem Ausscheiden Bruno Pittermanns, des ehemaligen Vorsitzenden der SPÖ, kam es vor zehn Jahren zur Wahl Willy Brandts, und eine im wahrsten Sinne neue Ära begann.

## II.

Willy Brandt gelangte durch die Verleihung des Friedensnobelpreises vor 15 Jahren zu besonderer Weltgeltung, und wenn es vor zehn Jahren zur Konferenz in Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kam, war das nicht zuletzt ein Verdienst der von Willy Brandt und später Helmut Schmidt geführten „Ostpolitik“. Das internationale Ansehen des ehemaligen deutschen Kanzlers wuchs auch nach seinem Ausscheiden aus der Regierung. Ein deutliches Zeichen dafür war auch, daß Robert S. McNamara, der Präsident der Weltbank, ihn zur Übernahme des Vorsitzes einer unabhängigen internationalen Nord-Süd-Kommission aufforderte, die schließlich als sogenannte „Brandt-Kommission“ bekannt wurde. Ihr Bericht gehört zu den programmatischen Alternativen der Politik gegenüber den Entwicklungsländern.

1978 begann die Internationale sichtbar die Beziehungen zu den neuen afrikanischen Bewegungen zu entwickeln, eine erste Konferenz fand in Dakar statt; Leopold Senghor war ihr Wegbereiter. 1979 gelang es, ein Treffen mit Jassir Arafat in Wien zustande zu bringen. Mir scheint es jedenfalls so, daß Arafat damals bereit gewesen wäre, vor einer Gruppe sehr prominenter europäischer und amerikanischer Persönlichkeiten eine Erklärung abzugeben, daß die Anerkennung Israels unter der Voraussetzung möglich wäre, daß Israel seinerseits die PLO als rechtmäßige Vertretung der Palästinenser bei der Wahrnehmung der legitimen Interessen des Palästinensischen Volkes anerkennen würde.

1980 fand praktisch als Fortsetzung der informellen Konferenz vom Mai 1976 in Venezuela die erste lateinamerikanische Regionalkonferenz in Santo Domingo statt.

Bei der Demokratisierung Portugals und Spaniens hat sich die Sozialistische Internationale außerordentlich bewährt, und den beiden Parteien nicht nur politische sondern auch umfassende sonstige Hilfe geleistet. Einer der Höhepunkte der neuen Internationale war die Abhaltung ihres Kongresses im freien Madrid. Das moralische und politische Gewicht der Sozialistischen Internationale gewann in der Welt besonderes Ansehen auch dadurch, daß ihre Mittelmeerparteien spektakuläre Erfolge erzielten. Andere politische Richtungen - die Liberalen und Konservativen - begannen sich in ähnlicher Weise zusammenzuschließen.

Willy Brandt hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Internationale ausgedehnte Reisen unternommen, bei denen ihm nicht nur großer persönlicher Respekt entgegengebracht wurde, sondern auch die Sozialistische Internationale eine Würdigung wie nie zuvor erfuhr. Auch mit China und Indien kam es zu Kontakten. Im April 1985 wird ihm in einer ergreifenden Feier der „Third World Prize“ im Gebäude der Vereinten Nationen übergeben. Er gibt den Betrag, der mit dem Preis verbunden ist, weiter.

Die Sozialistische Internationale hat, initiiert durch Willy Brandt, die Kommission unter Kalevi Sorsa gebildet, die zur deutlichsten Ausformung realistischer Abrüstungsvorschläge geführt hat. Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang auch die große Rolle, die Olof Palme und die nach ihm benannte Kommission in der Abrüstungsfrage gespielt haben.



## III.

Willy Brandt ist bei seinen Reisen und Besuchen natürlich auch mit M.S. Gorbatschow zusammengetroffen, um sich einen direkten Eindruck von seiner Persönlichkeit und seinen Absichten zu machen. Gorbatschow hat in der Abrüstungsdebatte, die gegenwärtig die Gespräche der Supermächte dominiert, eine Fülle neuer Vorschläge gemacht. Es ist keine Frage, daß die gegenwärtige amerikanische Administration allen diesen Vorschlägen mit großer Skepsis gegenübertritt, da viele der Maßgebenden der amerikanischen Administration in ihrer Politik von einer konservativ-ideologischen Grundhaltung stark bestimmt sind. Sie erwarten durch Gorbatschow keine tiefgreifenden Veränderungen in der Sowjetunion - sie würden sie auch nicht begrüßen. Im Gegenteil, es gibt manche, die sich davor fürchten, daß diese neue Politik ein höheres Maß an Effizienz im sowjetischen System erbringen könnte. Aber man muß doch daran erinnern, daß das kommunistische System in der Sowjetunion im nächsten Jahr 70 Jahre existiert - und das trotz der gewaltigen Schwächen des Sowjetsystems und der sowjetischen Bürokratie und des kommunistischen Systems.

Die Sowjetunion hat von allem Anfang an militärische Interventionen bis zum Angriff Hitler-Deutschlands überstanden. Das russische Volk hat die unfaßbare Tyrannei Stalins über sich ergehen lassen, die Ineffizienz der Breschnjewschen Gerontokratie ausgehalten. Die Hoffnung, daß es jetzt möglich sein wird, durch eine ins Gigantische sich steigende Rüstung der Vereinigten Staaten, wie es durch das SDI-System erfolgen soll, werde die Sowjetunion in die Knie zwingen, scheint mir nicht realistisch zu sein. Ganz abgesehen davon, daß dieses Spiel mit zu den gefährlichsten dieses ausgehenden Jahrhunderts gehört. Mir jedenfalls scheint es zweckmäßig zu sein zu hoffen, daß Gorbatschow mit seinen Reformbestrebungen - sofern sie überhaupt bei der gegenwärtigen Machtstruktur in der Sowjetunion realistisch sind - eine bessere Prämisse der Weltpolitik zu der vorher erwähnten konservativen zu sein. Jedenfalls wäre dieser Weg aussichtsreicher, um eine innere Liberalisierung im sowjetischen System zu erreichen, von der aus dann möglicherweise weitere Entwicklungen ausgehen könnten.

Sehr häufig wird auch Gorbatschows Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Diese Zweifel werden jenen entgegengehalten, die meinen, man sollte ihm eine Chance geben. Wenn es Gorbatschow ehrlich meine, so doch nur deshalb, weil sich die Sowjetunion die gewaltigen Ausgaben, die die heutigen Rüstungsausgaben verursachen, auf die Dauer nicht leisten könne. Man sollte ihr deshalb keine Atempause gestatten.

In dieser Phase der Entwicklung, so glaube ich, ist es die Aufgabe der Sozialistischen Internationale, einen dritten Weg anzuvisieren: kein unkritischer Bundesverwandter konservativer Ideologien zu sein und nicht von vornherein jede Äußerung einer neuen sowjetischen Politik zu antagonisieren. Gewiß, die Kluft, die in 70 Jahren zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten entstanden ist, kann nicht überbrückt werden. Im westlichen Europa hat der Kommunismus keine Chance mehr. Und schon gar nicht nach dem Eingeständnis der Schwächen, die offenbar seinem System inhärent sind. Wir Sozialdemokraten mögen Fehler begangen haben, aber in der Ablehnung des Kommunismus haben wir uns nicht getäuscht. Einer von denen, die von einer dritten Kraft vor Jahrzehnten gesprochen haben, war der österreichische Theoretiker und große Journalist Oscar Pollak. Er schrieb damals: „Diese Möglichkeit, diese Drohung bedeutet international die große Bewährungsprobe des demokratischen Sozialismus. Kann er zwischen die Extreme treten, in die Europa zu zerfallen droht, nicht als eine ‚Mittelpartei‘, sondern als die dritte, befreiende Lösung?... Kann er als die ‚andere Alternative‘ die Führung übernehmen: die Führung zu einer wirtschaftlichen Ordnung bei Aufrechterhaltung der persönlichen, politischen und geistigen Freiheit?“



## IV.

Bei aller Würdigung der neuen Bedeutung der Internationale als einem globalen „Clearing-House“ sozialistisch-demokratischer Ideen wäre es doch zu oberflächlich zu meinen, daß in ihrem Schoße nicht neue geistige Entwicklungen und neue politische Parolen entstehen werden. Vielleicht werden sie den Zusammenhalt der Internationale eines Tages in Frage stellen? Das kann heute deshalb niemand voraussagen, weil ihr heute sehr verschiedenartige Parteien angehören - die einen sind in Regierungen, die anderen sind - noch - Befreiungsbewegungen in lateinamerikanischen Ländern.

Unlängst formulierte die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, offenbar konfrontiert mit dem Zwiespalt zwischen Theorie (Programm) und Praxis (Regierungstätigkeit), es so: „Wenn man an die Macht kommt und mit den täglichen Entscheidungszwängen konfrontiert ist, verändert jede Partei ihre Prioritäten. Wenn man jahrzehntelang in der Opposition war, wo man ideologische Positionen und Zukunftshoffnungen unterstreichen konnte, entwickelt sich die politische Rhetorik anders als wenn man mit der täglichen Regierungsarbeit beschäftigt ist.“ Felipe Gonzalez, der einer der maßgebendsten Männer der spanischen Revolution - und es war eine Revolution, dieser Übergang von der Franco-Diktatur zur spanischen Demokratie - war, formulierte es ähnlich: „Das hat nicht nur damit zu tun, daß wir jetzt Regierungsverantwortung tragen, sondern auch, daß wir diese Verantwortung in einer schwerwiegenden wirtschaftlichen Krise tragen. Ich glaube aber, daß diese Veränderung immer stattfindet und daß der Bürger sie versteht: Der Wechsel von einer Ethik der Ideen zu einer Ethik der Verantwortung. Dazwischen bleibt immer eine Nuance, die wir nie aus den Augen verlieren sollten.“

Irgendwie steht bei beiden im Hintergrund - und jeder von uns hat sie erkannt - die Frage der dialektischen Einheit von Theorie und Praxis. Ein österreichischer Wissenschaftler, Ernst Hanisch, stellte vor einiger Zeit fest: „Die dialektische Einheit von Theorie und Praxis kann daher am leichtesten bei diesen Prognosen (er meinte damit die, die Marx und Engels gestellt haben) geschehen. Marx und Engels haben ununterbrochen, trotz richtiger, das heißt sachgemäßer Analysen, falsche Prognosen gestellt. Allgemein läßt sich daher abschließend sagen: Man wird das Modell der Einheit von Theorie und Praxis anders formulieren müssen, wenn es realitätsgerecht sein soll.“

Die Notwendigkeit einer solchen geistigen Auseinandersetzung hat Willy Brandt früh erkannt und will sie in schöpferischer Weise, ohne großen inneren Widerstreit, in Gang setzen. Wenn er wirklich die Absicht hat, nur mehr diese Periode Präsident der Internationale zu sein - wie er es vor wenigen Wochen ankündigte -, also bis 1989 im Amt zu bleiben gedenkt, dann wird nur mehr wenig Zeit bleiben. Aber nur er wird in der Lage sein, diese historische Diskussion einzuleiten und sie schöpferisch und ohne zerstörende Spannungen ablaufen zu lassen. (-/26.11.1986/vo-hg/rs)

\* \* \*

Konsequenzen aus der Rheinvergiftung

Die Bundesregierung muß sich zu einer vorsorgenden Chemiepolitik durchringen

Von Klaus Matthiesen

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Trinkwasser ist lebensnotwendig. Allein in Nordrhein-Westfalen werden über drei Millionen Menschen aus Uferfiltrat des Rheins versorgt. Wir konnten unsere Trinkwasserbrunnen vor den Gifteinleitungen aus Chemieanlagen in der Schweiz und Deutschland bewahren. Dies ist jedoch allein der Prognosefähigkeit unserer Landesbehörden zu verdanken und der Tatsache, daß wir den ungünstigsten Fall der prognostizierten Auswirkungen zur Entscheidungsgrundlage gemacht haben. Die betroffenen Chemiefirmen haben uns dabei durch skandalöses Informationsverhalten und die Bundesdienststellen durch ihre Unfähigkeit, uns rechtzeitig Toxizitätsbewertungen zukommen zu lassen, im Stich gelassen. Die Bürger unseres Landes konnten wir trotzdem diesmal noch schützen; die Schäden am Öko-System sind jedoch noch nicht abschätzbar.

Es ist für uns unerträglich, weiter mit dem gegenwärtigen Restrisiko für Mensch und Natur durch Anlagen der Chemischen Industrie leben zu müssen. Das Geschehene können wir zwar nicht ungeschehen machen, wir müssen aber dafür sorgen, daß die Risiken vermindert werden.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, endlich die notwendigen harten Konsequenzen zu ziehen, insbesondere

- über die internationale Rheinschutzkommission auf Änderungen und Verbesserungen in den Sicherheitsstandards der Nachbarstaaten hinzuwirken und eine zufriedenstellende Regelung der Entschädigungs- und Haftungsfragen zu vereinbaren,
- das Wasserhaushaltsgesetz, die Gewerbeordnung, das Bundesimmissionsschutzgesetz mit den ergänzenden Verordnungen und Verwaltungsvorschriften besonders im Hinblick auf den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu überprüfen,
- nach Einberufung der Störfallkommission schnellstens die Störfallverordnung zu verbessern, um Boden und Gewässer vor nachhaltigen Schäden durch die Chemische Industrie zu bewahren.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben bereits wichtige Schritte auf dem Weg zum besseren Schutz unserer Bürger getan:

- Schon lange vor den Unfällen haben wir bei der Landesanstalt für Immissionsschutz eine Zentralstelle „Störfallverordnung und gefährliche Stoffe“ eingerichtet.
- Am 10. November 1986 haben wir den Verband der Chemischen Industrie Nordrhein-Westfalen mit einem Forderungskatalog konfrontiert, in dem insbesondere eine umfassende Informationspflicht und zusätzliche eigenverantwortliche Sicherheitsüberprüfungen festgelegt worden sind. Die Realisierung dieses Katalogs hat die Chemische Industrie zugesagt.
- Die nordrhein-westfälischen Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter werden in diesen Tagen in einer Sonderaktion alle Anlagen überprüfen, die nach den jüngsten Unfällen in der Chemischen Industrie besonders gefährlich erscheinen.
- Im Verbundsystem für die öffentliche Trinkwasserversorgung werden Schwachstellen schnellstmöglichst beseitigt, die durch die Vorkommnisse der letzten Wochen erkennbar geworden sind.

Alle diese Anstrengungen werden aber Stückwerk bleiben, wenn die Bundesregierung sich nicht endlich zu einer konsequenten vorsorgenden Chemiepolitik durchringen kann. Der von der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag eingebrachte Antrag für eine neue Chemiepolitik zeigt einen Weg, über den ernsthafter als bisher diskutiert werden muß. Pauschale Ablehnung wie durch die Chemische Industrie nützt niemand. (-/26.11.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



Der volle Rückfall in den Fundamentalismus (Teil II)

Zur sicherheitspolitischen Kritik der „Grünen“ an der SPD

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

## II. Sicherheitspartnerschaft

Die „Grünen“ lehnen das sozialdemokratische Konzept der Sicherheitspartnerschaft ab.

„Gegen eine Sicherheitspartnerschaft zwischen den Blöcken setzen wir die aktive Zersetzung der Blöcke - vorrangig des eigenen.“ (S. 76).

Nach Ansicht der „Grünen“ bietet die Sicherheitspartnerschaft als Konzept nichts anderes als

„Bemühungen um die Stabilisierung des Abschreckungs- und Blocksystems mittels vertrauensbildender Maßnahmen, Rüstungssteuerungsverhandlungen unter anderem entspannungspolitischen Schritte“ (S. 8).

Sicherheitspartnerschaft ist für die „Grünen“ nur eine „Gefährdungsgemeinschaft“, in der beide Seiten durch die wechselseitige nukleare Vernichtungsdrohung „zwangsvergemeinschaftet“ werden.

Abrüstungsverhandlungen sind für die „Grünen“ kein Instrument, das zur Abrüstung oder sogar zur Überwindung des Systems der wechselseitigen Abschreckung führen könnte.

„Das ‚Theater‘, das sich Abrüstungsverhandlungen nennt, dient bisher primär der Ruhigstellung der Öffentlichkeit, angesichts ungebrochener Rüstungsdynamik“ (S. 65).

Nach Meinung der „Grünen“ wurden auf dem Nürnberger Parteitag der SPD

„die diversen ... Ost-West-Verhandlungsgremien (MBFR, KSZE, KVAE ...) mit blauäugiger Naivität hochgejubelt“ und „gar die Einrichtung weiterer solcher Gremien vorgeschlagen ... (als Arbeitsbeschaffungsprogramm für Bürokraten und Diplomaten?)“ (S. 10).

Die Nutzlosigkeit, die die „Grünen“ in solchen Verhandlungen sehen, stammt aus einer Beurteilung, welche die Bundesrepublik als ohnmächtig in der NATO beschreibt:

„Was nützt das schönste C-Waffen-Abkommen mit der SED für den Fall, daß die USA nicht mitspielen...?“ (S. 12).

Diese Ohnmachtsvermutung wechselt mit Allmachtsphantasie, wenn die „Grünen“ an anderer Stelle ihre Forderung nach einseitiger Abrüstung, einseitiger Veränderung der Militärstrategien und einseitigem Austritt aus der NATO erheben.

Ofters wird der Vorwurf erhoben, daß

„bei der SPD die Fernziele abstrakt bleiben (müssen), ... weil sie keine Strategie vorzuweisen hat, mit der diese Ziele erreicht werden können...“ (S. 75).

Nach jeder „Grünen“-Kritik an den sicherheitspolitischen Vorschlägen der SPD, seien sie als Verhandlungsvorschläge oder als eigenständige westliche Maßnahmen postuliert, folgt bei den „Grünen“ als Alternative stets nur die Forderung nach einseitiger Abrüstung auf westlicher Seite.

Die Einzelheiten eines solchen Prozesses der einseitigen Abrüstung werden am Ende des Heftes (S. 79 bis 81) kurz aufgelistet, aber konzeptionell nicht schlüssig begründet. Es bleibt unklar, mit welcher politischen Strategie sie diese Ziele erreichen wollen und können. (-/26.11.1986/vo/rs)

(Teil III veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

\* \* \*



Kanzler, Baubuch und Architekten

Ein Staatssekretär muß Kohl richtig stellen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Wenn der Kanzler redet, dann redet er. Das Spannende an seinen Reden ist, daß niemand vorher-sagen kann, in welchem Porzellanladen er einfällt. Manchmal findet er keinen und verläuft sich bloß.

Den Freien Berufen und den Selbständigen wollte er etwas Nettes sagen und hat in einer Rede erklärt:

„Im Baubereich, soweit es die öffentliche Hand betrifft, setzen wir uns für eine stärkere Einschaltung von freiberuflichen Architekten und Ingenieuren bei der Planung und Aus-führung von Bauvorhaben ein.“

Der arme Staatssekretär Jahn vom Bauministerium mußte diese mutige Erklärung hinterher de-mentieren:

„Die Bundesregierung hat schon bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß im Bereich des Bundes bei der Planung und Ausführung von Bauvorhaben die Möglichkeiten zur Einschaltung freiberuflich Tätiger voll ausgeschöpft werden.“

Dessen ungeachtet hat der Kanzler weiter gesagt:

„Die Diskussion des Baugesetzbuches im Bundesrat bietet dazu eine gute Möglichkeit.“ Und hat damit weiter arg danebengegriffen, denn das Baugesetzbuch (im Kanzlerdeutsch: Baubuch) hat mit dem Bauen der öffentlichen Hand ungefähr soviel zu tun wie ein Bauer mit einer Baugenehmigung.

Und der arme Staatssekretär Jahn hat das wieder interpretieren müssen:

„Vor dem Hintergrund der mit dem Baugesetzbuch geschaffenen Erleichterungen des Bauens hat der Bundeskanzler in seiner Rede am 15. September 1986 vor dem Bundes-verband der Freien Berufe diesen Appell unterstrichen.“

Die Möglichkeit wurde zum Hintergrund, vor dem der Kanzler appelliert hat.

Ich möchte nicht wissen, wie lange der arme Staatssekretär Jahn an seinen Formulierungen for-muliert hat, um die Kanzlerworte nicht so unsinnig erscheinen zu lassen wie sie sind.

(-/26.11.1986/vq-he/rs)

\* \* \*

